

## **Wortprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Arbeit und Soziales**

26. Sitzung  
9. November 2023

Beginn: 09.13 Uhr  
Schluss: 12.02 Uhr  
Vorsitz: Lars Düsterhöft (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### Punkt 2 der Tagesordnung

##### **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Wir kommen zu

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktuelle Situation und Weiterentwicklung des  
Berechtigungsnaehweises (alt „Berlin-Pass“)**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke)

[0104](#)  
ArbSoz

#### Hierzu: Anhörung

Ich begrüße als Anzuhörende ganz herzlich zunächst Frau Bunge, Geschäftsführerin des Jobcenters Treptow-Köpenick. – Vielen Dank, dass Sie da sind! Sehr spontan haben Sie zugesagt. Dafür sehr vielen Dank! – Ich begrüße Herrn Dr. Christian Ceconi, Theologischer Vorstand der Berliner Stadtmission. – Schön, dass Sie da sind! – Ich begrüße ebenso Frau Karin Rückemann, Bereichsleiterin Beratung Seniorinnen und Senioren, Humanistischer Verband Deutschland Berlin-Brandenburg. – Schön, dass auch Sie da sind! – Und ich begrüße Frau Annette Siegert, Aktivistin des Netzwerks #IchBinArmutsbetroffen. – Schön auch, dass Sie da sind!

Zu diesem Tagesordnungspunkt stehen uns auch aus der Senatsverwaltung Frau Dr. Rehse und Herr Delius für Fragen zur Verfügung. – Auch schön, dass Sie heute mit uns sind!

Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Danke, Frau Atli! Dann machen wir das auch so.

Die Begründung des Besprechungsbedarfs übernimmt Frau Schubert. – Bitte!

**Katina Schubert (LINKE):** Es gab ja gute Gründe, warum das Verfahren umgestellt worden ist, und es gab auch gute Gründe für eine Übergangsregelung. Jetzt haben wir seit dem Auslaufen der Übergangsregelung eine Vielzahl von Beschwerden, dass Menschen ihre Kundenkarte nicht bekommen oder den Berechtigungsnaehweis nicht bekommen, um die Kundenkarte beantragen zu können. Wir haben jetzt auch festgestellt, dass zwischen Leistungsbewilligung und Erhalt der Kundenkarte im übelsten Falle bis zu acht Wochen vergehen können, was für die Betroffenen heißt, dass sie in der Zeit kein Sozialticket beziehen können, jedenfalls nicht auf legale Weise, was natürlich, wenn jemand nur den Bürgergeldregelsatz hat, eine dramatische Situation ist.

Wir haben die Situation, dass viele dann erwischt werden, weil sie kein Ticket haben. Was das bedeutet, wenn man 60 Euro Strafe zahlen muss, muss ich niemandem erklären. Die Zahl derjenigen, die irgendwann mal Ersatzfreiheitsstrafen antreten, nur deswegen, ist nach wie vor sehr hoch in unseren Gefängnissen. Das sollten wir unbedingt vermeiden, es macht auch keine besseren Menschen aus ihnen.

Deswegen ist die Frage, was man tun kann, um das, was jetzt an Friktionen, an Hindernissen aufgetreten ist, so zu verkürzen, dass wir nicht mehr in diese Situation kommen, dass Menschen nicht an ihr Sozialticket kommen. Wir hatten eigentlich konsensual besprochen, dass auch die BVG hier ist, um ihre Anforderungen zu besprechen. Das hat jetzt irgendwie nicht geklappt. Meine Bitte wäre, wenn wir hiermit fertig sind, das zu vertagen und zu versuchen,

beim nächsten Ausschuss vielleicht mit der BVG zu sprechen. Es sei denn, es gibt bis dahin die Knallerlösung, dann ist das natürlich nicht notwendig. Aber wir sollten uns diese Möglichkeit offenhalten, denn es ist, glaube ich, wirklich wichtig, dass alle beteiligten Akteure an einen Tisch kommen und eine schnelle Lösung gesucht wird, denn das ist, wahrscheinlich für alle, wirklich ziemlich unerträglich.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Schubert! – Gibt es seitens Bündnis 90/Die Grünen noch den Wunsch einer Begründung? – Herr Kurt, bitte!

**Taylan Kurt (GRÜNE):** Ich kann daran nahtlos anknüpfen. Wir hatten vereinbart, dass das neue Verfahren einfacher sein und auch dazu führen soll, dass Betroffene nicht zu den Bürgerämtern gehen müssen und es dadurch komfortabler wird. Leider ist es so, dass wir jetzt mehr Aufwand haben und dass es komplizierter wird. Darüber wollen wir heute auch mit Ihnen sprechen – was Sie an Lösungen sehen, damit es einfacher und nicht komplizierter wird.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Herr Kurt! – Dann kommen wir zur Anhörung selbst. Sie sind herzlich eingeladen, uns jeweils ungefähr fünf Minuten Ihre Sicht auf das Thema vorzustellen und näherzubringen. Im Anschluss gibt es dann natürlich eine Fragerunde, und auch die Senatsverwaltung wird die Chance haben, sich hier noch mit einer Stellungnahme und der Beantwortung von möglichen Fragen zu positionieren.

Haben Sie sich abgestimmt, in welcher Reihenfolge? – Dann gehe ich alphabetisch vor und würde sagen, Frau Bunge, wenn Sie wollen, haben Sie das Wort. – Dann Sie zunächst!

**Monika Bunge (Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick):** Auch dieses Thema beschäftigt die zwölf Jobcenter in Berlin massiv. Die Sicht der Menschen, die diese Trägerkarte und diesen Fahrausweis brauchen, wurde ja schon dargestellt. Aber in den Jobcentern ist es natürlich auch so, dass die Menschen zu uns kommen, Unterstützung und Hilfe erwarten und wir keine Handhabe haben, weil wir diese Berechtigungsnachweise nicht erzeugen und nicht ausstellen können. Das führt natürlich zu Situationen in den Jobcentern, die die Beschäftigten der Jobcenter massiv belasten. Es gibt eine Stelle in Berlin, und zwar im Jobcenter Mitte, die diese Berechtigungsnachweise erzeugen kann.

Ich wollte Ihnen mal ein paar Zahlen sagen. Wir hatten bis zum Auslaufen der Übergangsregelung, wo man seinen Bescheid vorzeigen konnte, was jetzt nicht mehr möglich ist, weil die BVG das nicht mehr akzeptiert, um die 7 000 Antragsgänge zur Ausstellung dieser Berechtigungsnachweise. Wir haben jetzt im Oktober im Jobcenter Mitte fast eine Verdreifachung dieser Zahl. Das Jobcenter Mitte hat massiv Personal aufgestockt, um diesen Wünschen nach der Ausstellung des Berechtigungsnachweises nachzukommen. Allerdings brauchen sie natürlich ein paar Tage, um diese auszustellen. Was aber das größere Problem ist, ist, dass, wenn jemand dann endlich diesen Berechtigungsnachweis in den Händen hält, die Ausstellung der Kundenkarte durch die BVG drei bis vier Wochen dauert. Das ist natürlich ein Zeitverzug, der von den Berechtigten nicht zu tragen ist.

Für uns in den Jobcentern, für die Beschäftigten und auch die Geschäftsführung, ist es sehr schwierig, mit dem Thema umzugehen. Wir hatten eine Runde mit Herrn Bozkurt und haben darin vorgestellt, was in Brandenburg gemacht wird, eine digitale Lösung. Das war ja auch eigentlich der Sinn der Sache, die Vorgänge aus den Bürgerämtern erst rauszunehmen, wenn

digitale Lösungen zur Verfügung stehen, die jetzt nicht zur Verfügung stehen. Herr Bozkurt hat zugesagt, dass dazu mit Brandenburg Kontakt aufgenommen wird, um zu gucken, ob die digitale Lösung, die jetzt in Brandenburg gefahren wird, auch auf Berlin übertragbar wäre. – Soweit erst mal von mir.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Das waren jetzt gerade mal 2 Minuten 40 Sekunden.

**Monika Bunge** (Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick): Ah, gut!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Bisschen ungewöhnlich hier.

**Monika Bunge** (Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick): Ach so!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Normalerweise wird massiv überzogen. Aber alles gut!

**Monika Bunge** (Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick): Wir in den Jobcentern müssen uns immer sehr daran halten, dass wir wenig Zeit zur Verfügung haben und alles auf den Punkt bringen müssen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Wunderbar! Vielen Dank, Frau Bunge! – Herr Dr. Ceconi!

**Dr. Christian Ceconi** (Berliner Stadtmission): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Damen und Herren Abgeordnete! Erst mal danke für die Möglichkeit, dass wir hier persönlich vortragen dürfen! Ich glaube, es ist immer die Frage: Kommt das, was Sie beschließen, an? Ganz oft tut es das, nicht immer tut es das. Dann ist es gut, wenn wir im Gespräch sind.

Ich spreche für Klienten und Menschen, die wir in der Berliner Stadtmission begleiten, in den Bereichen Kindertagesstätten, bei verschiedenen Hilfeempfängern, bei Menschen mit Migrationsgeschichte. Wir fanden eine Vereinfachung erst mal ein gutes Vorhaben, aber es ist so, dass, wie Frau Bunge schon dargestellt hat, offenbar operativ der Übergang schwierig war.

Vielleicht ist es am sinnvollsten für Sie, wenn ich die Nutzerperspektive ein bisschen versuche zu illustrieren, denn ich glaube, die technischen Probleme sind hinreichend beschrieben und diskutiert worden. Wir haben festgestellt, dass die Information nicht immer bei den Betroffenen angekommen ist. Es war manchmal schwer zu verstehen. Ich habe mich selber mal durch die Webseiten geklickt. Es war für mich auch nicht ganz innovativ. Hilfreich war die Beratungsstelle zum BuT, die hat einiges geleistet. Wir haben festgestellt, dass beim Übergang die Berechtigungsnachweis-QR-Codes, die mit den Leistungsbescheiden kommen, nicht immer die gleiche Leistungsdauer hatten, sondern manchmal kürzer gültig waren. Manchmal wurde auch nicht automatisch ein QR-Code versendet. Ich gehe davon aus, dass das wahrscheinlich technische Übergangsprobleme sind. Das setzt aber die Betroffenen natürlich enorm unter Druck. Das sehen wir als ein großes Problem an. Das hat zu viel zusätzlicher psychischer Belastung geführt, für Menschen, die ohnehin belastet sind, auch zu einer Hilflosigkeit. Die Übergangsphase mit dem Vorzeigen der Berechtigungsausweise war ja begrenzt, das war nicht allen klar. Dann kamen Strafen für das Schwarzfahren, die rückabgewickelt werden mussten. All das erzeugt bei Menschen, die ohnehin Stress haben, ihren Alltag zu

bewältigen, zusätzlichen Stress. Natürlich hat es auch finanzielle Folgen. Sie kommen an die Grenzen.

Letztendlich hat es auch Konsequenzen für uns als soziale Träger, das sage ich auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Die Umstellung dieses Verfahrens hat dazu geführt, dass wir viel von unserer Beratungszeit dafür aufgebracht haben, mit unseren Klientinnen und Klienten und Gästen genau diese Probleme zu lösen. Das war Beratungszeit, die für die eigentlichen Anliegen, mit denen sie kommen, dann nicht mehr zur Verfügung stand. Es ging bis dahin, dass manche gar nicht zur Beratung gekommen sind, weil sie mit dem Ticket nicht klarkamen.

Zur Illustration des Themas Rückstand in der Kita aufgrund fehlenden Berechtigungsscheins: Wir haben die Geschichte einer alleinerziehenden Mutter gehabt, die wirklich aufgelöst war, und wo wir versucht haben, Schadensbegrenzung zu machen. Nach dem Kontakt mit dem Amt und der Kita konnte das Problem nach drei Wochen geklärt werden. Aber stellen Sie sich vor, was das bedeutet, wenn Sie ihr Kind in der Betreuung haben und drei Wochen lang der Status nicht geklärt ist, ob das alles sauber weiter funktioniert.

Eine Person aus dem Bereich Menschen mit Fluchtgeschichte hat auf einen Arztbesuch verzichtet, weil das mit den Fahrtkosten seine finanziellen Möglichkeiten gesprengt hat. Das ist natürlich auch nicht zielführend.

Die Digitalisierung – das haben wir tatsächlich beobachtet – ist nicht für alle eine Hilfe gewesen. Digitalisierung funktioniert nicht automatisch. Ich persönlich finde die digitale Vereinfachung natürlich auch nicht schlecht, aber wir haben im täglichen Doing einfach gemerkt, dass nicht für alle Klientinnen und Klienten eine zunehmende Digitalisierung eine Vereinfachung ist. Für manche ist es einfach intuitiv, wenn man eine Karte hat und weiß: Okay, das ist meine Karte, die ich vorzeige.

Unter dem Strich kann ich eigentlich nur unterstreichen, was Frau Bunge schon gesagt hat. Ich bin nicht in der Position, hier Lösungen vorzuschlagen, aber vielleicht ist, wenn es zu Veränderungen kommt, so etwas wie ein Pilot oder ein Testlauf sinnvoll, um die Dinge durchzuspielen und einfach die Frustration zu begrenzen. Wie gesagt, wir sind sehr dafür, dass Leistungen fortentwickelt werden, aber an dieser Stelle war der Übergang sehr ruckelig, und er ist es noch. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Auch Ihnen vielen Dank! – Das war eine Punktlandung mit genau fünf Minuten. – Frau Rückemann, Sie haben das Wort!

**Karin Rückemann** (Humanistischer Verband Deutschlands Berlin-Brandenburg): Schönen Dank, dass ich hier sprechen kann! Ich berichte von den Erfahrungen unserer Beratungsstellen für Seniorinnen und Senioren in Neukölln.

Das Prozedere ist bekannt. Ich habe mal mitgebracht, wie das aussieht, wenn die Berechtigungsscheine kommen. Es sind sechs Seiten, teilweise doppelt bedruckt. Man kann sich vielleicht vorstellen, was das für den einen oder anderen bedeutet, der sich nicht jeden Tag mit Akten beschäftigt. Es gibt dann auf den Seiten 3 und 4 den Eintrag. Sie hatten schon erwähnt, dass es dabei auch mal zu Fehlern kommen kann. Das wird manuell eingetragen. Dann gibt es

hier den QR-Code. Dieses Papier müssen die Menschen dann mit sich tragen, wenn sie diesen Berechtigungsschein erst mal haben. Ein großes Problem ist, dass dieser Berechtigungsschein mit der Leistungsbewilligung mitgeschickt wird und dass es hier zu zeitlichen Verzögerungen kommt, teils weil auch Behörden überlastet sind. Insbesondere ist das wohl bei den Wohngeldämtern der Fall, die zu Jahresbeginn mit der Umstellung von Wohngeldverfahren beschäftigt waren. So haben wir die Situation, dass die Betroffenen zum Teil erst sechs Monate später ihren Schein in der Hand haben. Das heißt, dass sechs Monate lang sämtliche Vergünstigungen nicht genutzt werden konnten, inklusive der BVG-Karte. Da gibt es zwar auch Übergangslösungen, die aber in manchen Fällen nicht mehr gegriffen haben.

Wenn diese Scheine da waren: Stellen Sie sich vor, eine 80-jährige Seniorin erhält das. Es war theoretisch ab April, praktisch erst ab Sommer möglich, einen Antrag schriftlich zu stellen, bis dato nur online. Das war für viele eine große Überforderung, und das ist es auch nach wie vor für Seniorinnen und Senioren. Sie brauchen ein internetfähiges Endgerät, einen PC oder ein Smartphone. Sie brauchen die Möglichkeit zu scannen, zu fotografieren, zu drucken, sie brauchen eine E-Mail-Adresse. Vor allen Dingen brauchen sie das Know-how, damit auch umzugehen, um dieses Prozedere durchführen zu können. Das funktioniert für Seniorinnen, auch für Menschen mit Beeinträchtigungen, wirklich nur bedingt.

Im Ergebnis sind diese Personen dann entweder am Verfahren gescheitert und hatten diese BVG-Karte, die Vergünstigungen, nicht, oder sie haben die Beratungsstellen aufsuchen müssen, die dann auch zu einem großen Teil Zeit investieren mussten. Die Beraterinnen sagten mir, um dieses Prozedere durchzuführen, brauchen sie, je nachdem, wie störrisch die Internetseite reagiert, zwischen 20 und 30 Minuten, um dort einen solchen Antrag zu erstellen. Gibt es dann einen Fehler, muss das Prozedere von vorne begonnen werden.

Jetzt gibt es zwischenzeitlich die Möglichkeit einer schriftlichen Beantragung. Das ist zu begrüßen. Aber die Betroffenen müssen dieses Formular für den Antrag wiederum bei ihren Leistungsstellen oder bei den Bürgerämtern beantragen oder abholen. Das, können Sie sich vorstellen, ist auch noch mal eine zusätzliche Hürde, die hier eingebaut ist. Bei der BVG gibt es aktuell niemanden, der persönlich ansprechbar wäre, wenn diese Rücksendung aus irgendwelchen Gründen nicht erfolgt, weil vielleicht irgendeine Angabe nicht richtig war oder eine Bearbeitungsverzögerung vorliegt. Alles in allem, denke ich, ist es also wichtig, noch mal genau hinzugucken, wie man dieses Verfahren vereinfachen kann. Diese Digitalisierung ist – da möchte ich mich anschließen – nicht für alle Personenkreise durchführbar und machbar. – Danke schön!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank auch Ihnen!

**Karin Rückemann** (Humanistischer Verband Deutschlands Berlin-Brandenburg): Ich wollte vielleicht noch eines ergänzen: Diese Berechtigung wird ja immer für ein Jahr ausgestellt, und es gibt auch die Empfehlung, rechtzeitig den Folgeantrag zu stellen. Bei den Wohngeldämtern beispielsweise ist es aber nur möglich, maximal zwei Monate vor Ablauf der alten Bewilligung den Antrag zu stellen. Wenn diese Bearbeitungszeiten wieder so lang sind, hat keiner eine Chance, das nahtlos zu erhalten. – Danke!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Rückemann! – Frau Siegert, Sie haben das Wort!

**Annette Siegert** (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Danke sehr! – Vielen Dank für die Einladung! Ich spreche für das Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen. Das ist ein loses Netzwerk, das auf Twitter entstanden ist. Inzwischen sitzen wir zum Beispiel auch hier im Sozialausschuss, was ich sehr gut finde.

Ich bin selbst betroffen. Ich bin in Erwerbsminderung und beziehe aufstockend Grundsicherung. Ich habe dieses wunderbare Infoblatt – ich habe es jetzt nicht dabei – tatsächlich pünktlich letztes Jahr im Dezember bekommen. Ich bekomme inzwischen alles pünktlich, weil ich mich so oft beschwert habe. Ich wusste eigentlich drei Sekunden, nachdem ich das durchgelesen habe, dass das alles nicht funktionieren wird.

Ich habe jetzt mal mitgebracht, was man inzwischen alles vorzeigen muss, was ich auch alles dabei habe. Bis vor einem Jahr hatte ich eine kleine Karte für alles, egal ob ich ins Museum gegangen bin, für die Musikschule, die BVG und so weiter. Jetzt habe ich die Plastikkarte dabei. Ich habe es geschafft, ich habe sie, die übrigens immer wieder neu beantragt werden muss, das heißt, Plastikmüll alle sechs Monate. Dazu braucht man gute technische Geräte, das muss man können, wurde schon erwähnt.

Dann habe ich – in Folie eingepackt, weil er sonst schon längst zerfleddert wäre – den Berechtigungsnachweis dabei. Auf der Website stand sehr früh schon, dass dieser Zettel den Berlin-Pass ersetzt, unter anderem auch in der Musikschule, wird extra erwähnt. Meine Musikschule akzeptiert diesen Zettel bis heute nicht. Da gebe ich jetzt wieder meinen Bescheid ab. Ich habe eine Mahnung von der Musikschule bekommen, sie könnten den QR-Code leider nicht auslesen. Ich habe versucht – das ist die Musikschule des Bezirks –, den Bezirk mit dem Senat zu verbinden, in cc. Ich habe gesagt: Könnt ihr das bitte untereinander klären! Das ist nicht meine Aufgabe. – Es hat leider nicht geklappt. Ich habe unzählige Mails an die Senatsverwaltung geschrieben. Es wurde immer auf die Website verwiesen. Da stehen Informationen, die in der Praxis nicht funktionieren.

Wie gesagt: Ich gehe ins Museum – ich gehe sehr viel ins Museum, ich arbeite als Stadtführerin, geringfügig –, ich nehme drei Sachen mit. Ich zeige alle drei Sachen vor, denn dann habe ich die beste Chance, dass ich so viel Verwirrung stifte, dass ich reinkomme. Das habe ich also alles dabei, denn weder die Museen waren informiert, noch die Berliner Bäder-Betriebe waren offensichtlich informiert. Keiner wusste am Anfang über diesen seltsamen neuen Berechtigungsnachweis Bescheid. Egal wo ich hingegangen bin: Große Verwirrung, großes Erstaunen. Offensichtlich wurden die Institutionen, bei denen das gültig sein soll, nicht informiert. Sehr ärgerlich alles!

Was will ich noch sagen? Das Ganze sollte diskriminierungsfrei sein. Soll das jetzt diskriminierungsfrei sein, wenn ich diese ganzen Zettel vorweisen soll? – Sie merken, ich bin wütend, und das bin ich inzwischen seit elf Monaten. Ich spreche für mich, aber auch für viele andere, mit denen ich mich ausgetauscht habe, die das Berlin-Ticket, also das Sozialticket, nicht beanspruchen können, es gar nicht erst beantragen können, weil, wie wir gehört haben, diese Zettel nicht rechtzeitig kommen, weil sie nämlich nicht zusammen mit dem Bescheid verschickt werden, sondern dezentral über eine andere Stelle, zeitverzögert.

Übergangsregelung ausgelaufen. Warum? – Es funktioniert nicht, aber die Übergangsregelung ist ausgelaufen. Man kann sie doch nicht auslaufen lassen, wenn es noch nicht funktioniert. Das verstehe ich nicht.

Ich habe jetzt erst mal eine ganz einfache Lösung fürs Erste: Solange das alles nicht funktioniert, muss das mit dem Sozialticket natürlich akzeptiert werden, egal was, Bescheid, dieser komische Zettel oder die Plastikkarte.

Ich möchte noch etwas anderes hinzufügen, weil das gerade aktuell war: Hans-Böckler-Stiftung, es ging um eine Studie. Armutsbetroffene Menschen haben wenig Vertrauen in Politik, Parteien und ihre Institutionen. Ja, ganz ehrlich, auch wenig Vertrauen in die Verwaltung. Solche Sachen führen dazu. Das war jetzt auch schon mein Endresümee, glaube ich. Ich gucke noch mal auf meinen Zettel. Moment! – Ja, das war es. Vielen Dank!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Haben Sie vielen Dank für Ihren Input! – Dann die Frau Senatorin erst einmal!

**Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Sachverständigen, die hier dargelegt haben, was die aktuellen Probleme sind! Vielen Dank auch an Frau Siegert als Betroffene! Ich kann Ihren Frust sehr gut nachvollziehen. Natürlich ist man abhängig davon, die Mobilität ist abhängig davon. Man kann sich nicht bewegen, man kann keine Teilhabe in der Gesellschaft wahrnehmen. All das ist richtig.

Aber was soll ich sagen? Es hatte einen Geburtsfehler. Wir hatten die Übergangslösung von Anfang an. Vorhin hat mir der Vorsitzende zugeflüstert: Bei den Bürgerämtern ging es ja alles. Man musste nur zum Bürgeramt und hatte dann seinen Pass. – Es wurde letztes Jahr die Entscheidung getroffen, dass dieser Bereich, was die Zuständigkeit angeht, gewechselt wird, nämlich von den Bezirksämtern auf die Landesebene, ohne jegliche personelle Ausstattung unserer Senatsverwaltung. Es wurde von Anfang an faktisch die Übergangslösung vorgesehen, ohne irgendeine digitale Lösung vorbereitet zu haben. Wir arbeiten jetzt mit Hochdruck daran, hier eine Lösung zu finden. Es gibt auch ein paar Verbesserungen. Herr Bozkurt hat Gespräche geführt, er kann gleich etwas dazu sagen. Unser Ziel ist, dass wir das so schnell wie möglich lösen werden.

Was ich auch sagen möchte: Es gibt nicht viele Bundesländer, die ein Sozialticket haben. Es ist gut – auch wenn Sie das Vertrauen in die Politik und die Verwaltung angesprochen haben –, ich finde es zumindest gut, dass wir in Berlin ein Sozialticket haben. Wenn Sie sich die Regelleistungen mal anschauen, runterdekliniert auf den Bereich Mobilität, haben Sie nur 27 Euro für die Mobilität zur Verfügung. Hätten wir dieses Sozialticket in Berlin nicht, müssten Menschen, die nicht so viel in der Tasche haben, die 27 Euro auf den Monat aufteilen, und das geht natürlich auch nicht. Deshalb stehen wir hinter dem Sozialticket und arbeiten an einer schnellen Lösung für die Menschen, die Anspruch darauf haben.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA):** An der Stelle will ich, Frau Siegert, Ihnen gegenüber mindestens die Kollegen in der Verwaltung in Schutz nehmen. Wenn man eine Aufgabe, die man irgendwo verortet hat, einfach mal wohin schiebt und sagt: Jetzt macht das mal! – ich kann Ihnen sagen, wie viele Leute das bei mir sind, das sind zwei, drei Leute, die täglich sehr viele Mails bekommen, weil der Frust natürlich berechtigt vorhanden ist –, dann will ich den Bereich einmal in Schutz genommen haben, weil das die Falschen trifft. Es war eine politische Entscheidung, die aber auch ihre Gründe hatte und hat, was die Bürgerämter angeht. Die Voraussetzungen hätte man dann natürlich anders bewerkstelligen müssen. Aber es ist vergossene Milch, wenn ich jetzt sage, was in der Vergangenheit falsch gelaufen ist. Das Wichtige ist, was wir damit machen.

Einen Schritt zurück: Es ist vor unserer Zeit ein Projekt auf den Weg gebracht worden, das sich jetzt formt, wo wir gucken wollen, wie wir sowohl analoge, aber auch digitale Lösungen hinbekommen. Das Projekt ist recht groß dimensioniert, wie häufig in Berlin. Man versucht die ganz große Lösung, und dann dauert es länger, oder es fährt irgendwann an die Wand. Trotzdem ist das ein gutes Vorgehen. Das heißt, wir sind dabei, dieses Projekt aufzusetzen. Parallel versuchen wir aber, tatsächlich das, bei dem wir sehen, dass es Bundesländer gibt, die schon Wege angehen, beschleunigt zu bekommen. Wir sind jetzt aktuell mit der BVG in der Diskussion, um zu gucken, ob wir eine schnelle digitalisierte Lösung hinbekommen. Dabei gibt es Datenschutzfragen. Wir sind an Themen dran. Im Prinzip sollte es dann, wenn es gut läuft – das ist jetzt die aktuelle Planung –, so laufen, dass beispielsweise die Jobcenter eine Kundennummer plus vielleicht den Namen an einen Dienstleister geben und die Betroffenen sich auf der Seite des Dienstleisters melden können. Sie geben die Kundennummer und den Anfangsbuchstaben des Vornamens, Nachnamens – wie auch immer – ein, damit man die Kennung hat, und werden dann direkt zum Beispiel auf das S-Ticket weitergeleitet. Das ist eine Lösung, die wir gerade eruieren, jenseits des Projekts, das wir parallel langfristiger, um es allumfassend zu lösen, angehen, weil uns das natürlich auch Bauchschmerzen bereitet.

Noch ein Hinweis zur Übergangsregelung: Die war ja eigentlich nur dazu gedacht, dass wir noch mal Zeit gewinnen und die Betroffenen sich den Berechtigungsnachweis holen, mit all den Problemen, die das hat. Das hat aber nicht dazu geführt, weil jeder sich – das läuft ja schon fast neun Monate – damit eingerichtet hat. Warum jetzt noch mal einen Berechtigungsnachweis besorgen, wenn ich schon mit meinem Bescheid weiterkomme? Somit sind wir jetzt in einer Situation, dass wir gesagt haben, die Übergangsregelung endet. Plötzlich taucht dann vermehrt auf – deswegen die Zahlen, die Frau Bunge genannt hat –, dass viele Menschen gar keinen Berechtigungsnachweis haben.

Jetzt ist die Frage: Kriegen wir eine Lösung in einer absehbaren Zeit hin? Falls wir das – wie gesagt, wir sind dazu in Gesprächen mit der BVG – in einer absehbaren Zeit gut gelöst bekommen, insbesondere mit den Jobcentern und den Sozialämtern, dann sind wir noch mal im Gespräch, ob wir die Übergangslösung noch mal einführen. Aber es macht keinen Sinn zu sagen, wir machen die Übergangslösung für Ewigkeiten, wenn wir sagen, das ist der falsche Weg.

Das heißt, da sind noch ein paar Punkte. Ich will nur deutlich machen: Wir gucken uns nicht nur an, wie der Weg geplant war, wir gucken uns auch parallele Pfade an, weil wir jetzt alles versuchen müssen, um Abhilfe zu schaffen, weil das, was Frau Siegert, Herr Ceconi und Weitere gesagt haben, aus der Sicht der Betroffenen nicht schön ist. Dementsprechend müssen wir das Problem gelöst bekommen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Herr Kurt hat das Wort!

**Taylan Kurt (GRÜNE):** Vielen Dank an die Anzuhörenden erst mal für die doch sehr ernüchternden Berichte! Wir erleben hier aus meiner Sicht einen klassischen Fall von Verwaltungsversagen. Ich mache nicht Ihnen direkt den Vorwurf, weil ich weiß, wann das Ganze passiert ist. Wir haben in der alten Koalition darüber gesprochen, wir haben gesagt, wir wollen den Betroffenen den Gang zum Bürgeramt ersparen, um die Bürgerämter zu entlasten und das ganze Verfahren komfortabler zu machen, mit dem Ziel, dass die Leistungsbehörden den Betroffenen direkt diesen Berechtigtenachweis zusenden. Was passiert jetzt? Jetzt kriegen

die Leute einen Zettel mit einem QR-Code, müssen sich digital anmelden, müssen – heute ist die BVG ja leider nicht da – sich dann doch wieder eine Trägerkarte anlegen und bekommen viele weitere Probleme.

Zu dem, was Sie jetzt vorgeschlagen haben, Herr Staatssekretär, mit einem Dienstleister zu sprechen: Das Ziel war es eigentlich zu sagen, man will diesen einen Gang sparen, um das Verfahren zu vereinfachen. Was ich aus dieser Diskussion hier mitnehme, ist: Es ist ja normal, dass man als Koalition – das machen auch Sie als neue Koalition jetzt – mit politischen Vorschlägen an die Hausleitung herantritt. Die Aufgabe einer Hausleitung ist es, das dann an die Verwaltung zu geben und zu prüfen, mit den Bezirken zu reden, zu sagen: Leute, das kostet so und so viel. – Das ist scheinbar nicht passiert, sonst hätten wir diese Probleme nicht. Ich nehme auch wahr, dass die Ämter am Anfang sehr überfordert waren, als das ganze Verfahren umgestellt wurde. Dazu gab es diverse Zeitungsberichte. Dieser ganze Prozess ist scheinbar intern nicht abgelaufen, sondern es wurde gesagt: Ja, ja, wir machen das.

Jetzt haben wir die Situation, wie sie ist. Aus meiner Sicht gibt es vier Vorschläge, nach denen man handeln könnte. Man könnte zum alten Verfahren zurückkehren. Ich glaube, es wird einige geben, die sagen: Das alte Verfahren war nicht perfekt, aber lieber ist uns das alte als das aktuelle Verfahren, zum Bürgeramt zu gehen. – Man könnte versuchen – das war so ein bisschen der Grundgedanke der alten Vereinbarung –, ob nicht die Leistungsbehörden, statt einen Zettel mit QR-Code auszustellen, einfach direkt eine Trägerkarte ausstellen, wo draufsteht, Maria Mustermann ist berechtigt, im Sinne des Berlin-Passes, jetzt Berechtigtenachweises, günstig in den Zoo zu gehen oder das Berlin-Ticket S zu benutzen. Man könnte versuchen, zu der Übergangslösung zurückzukehren, dass man diesen Leistungsbescheid dabei hat, oder man müsste sich etwas ganz anderes überlegen.

Ich will an der Stelle an Sie noch mal appellieren: Das Ziel ist es, auch wenn dieses Verfahren jetzt modifiziert werden sollte, dass es nicht komplizierter wird, sondern dass es einfacher wird. Ich finde, es ist auch keine Schande, im Zweifel zu sagen: Wir haben es ausprobiert, es hat nicht funktioniert, dann nehmen wir das alte Verfahren, daraus haben wir alle gelernt. Aber so, wie es jetzt ist, und das, was wir von den Betroffenen gehört haben, kann nicht bleiben.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Herr Kurt! – Dann bin ich jetzt dran.

**Lars Düsterhöft (SPD):** Ich kann gleich bei Ihnen anknüpfen. Ehrlich gesagt, ich habe null Verständnis für das, was wir geschildert bekommen. Ich bin wirklich beeindruckt, wie man es hinkriegt, immer den großen Wurf machen zu wollen und dabei alles viel komplizierter zu machen. Digitalisierung ist manchmal auch einfach Mist oder überflüssig. Eine Plastechipkarte ist auch manchmal einfach überflüssig, wenn es das Papier auch gemacht hat. Ich finde manchmal, dass der Wunsch, mit der Zeit zu gehen, und dass alles ganz toll und digital sein muss, unauffällig und am besten mit einem Chip implantiert, das Leben nur komplizierter macht.

Ich muss auch sagen, ich finde es spannend, dass die Senatsverwaltung jetzt ein neues Projekt aufgelegt hat und Dienstleister beauftragt werden sollen. Ich habe dafür kein Verständnis, muss ich sagen. Wozu brauchen wir einen Dienstleister, der wieder zusätzlich beauftragt wird, eine Tätigkeit zu erledigen? Also das ist doch ein Affentheater!

Deswegen wäre auch meine dringende Bitte, bevor ich jetzt noch mal zu drei Fragen komme, sich noch mal ernsthaft anzuschauen, ob wir nicht einen Weg finden, einfach zum alten Verfahren zurückzukehren. Wenn die Bürgerämter es nicht mehr machen sollen, kann man ja vielleicht mit den Jobcentern sprechen. Da ist ja sowieso zusätzliches Personal eingestellt worden. – [Monika Bunge (Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick): In Mitte!] – Sie sagten, in Mitte, in Mitte wurde zusätzliches Personal eingestellt. Na ja, vielleicht ist ja auch möglich, dieses zusätzliche Personal ein bisschen über Berlin zu verteilen. Es sind ja jetzt Leute damit beschäftigt, und diese Leute müssen ja nur an der richtigen Stelle sitzen. Wir sollten uns auf jeden Fall überlegen, dass man so etwas wieder ganz simpel macht, gerne wieder mit Papier.

Zum Vorwurf, der damals von der BVG kam, das sei nicht fälschungssicher: So ist das Leben, sage ich mal. Es gibt nichts, das hundertprozentig fälschungssicher ist. Das gibt es nicht auf der Welt. Also sollte man sich bei solch einer Sache, wo es, aus meiner Sicht jedenfalls, keinen großen Fälschungsdrang gibt – daran hängen ja nicht Millionen, an solch einer Karte, die man da jetzt toll spart –, überlegen, ob das Ganze die Sache wert ist. Einfach nur die Bitte, das wirklich noch mal kritisch zu hinterfragen, ob dieser große Wurf jetzt wieder sein muss und ob wir das nicht einfach wieder zu einem simplen Verfahren zurückstufen können. Wir haben ja schon von Frau Schubert gehört, dass es den Wunsch gibt, das heute nicht abzuschließen oder nur eine Auswertung der Anhörung zu machen, sondern sich noch mal mit der BVG zusammzusetzen. Wir bleiben am Thema dran.

Jetzt habe ich aber doch noch mal zweieinhalb konkrete Fragen. Wir haben gehört, dass es einen Übergangszeitraum zwischen der Bewilligung und der Ausstellung der Kundenkarte gibt. Wie ist denn da eigentlich die Regelung? Was sage ich dem Fahrkartenkontrolleur? – Dazu muss es ja sicher eine Absprache zwischen der Senatsverwaltung und der BVG beziehungsweise den Bezirken geben, denn es ist ja nicht nur die BVG, die unter Umständen große Augen kriegt, sondern vielleicht auch das Museum oder die Musikschule, wenn man nicht mit der Kundenkarte dasteht. Auch in diesem Zeitraum von bis zu acht Wochen mindestens muss es ja irgendeine Regelung geben. Ich wüsste gerne, welche zentralen Ansagen, Aussagen oder Hinweise es dazu gibt.

Ich wüsste auch gerne, was mit den Menschen ist, die leistungsberechtigt sind, aber ganz bewusst sagen: Ich will gar keine Leistungen haben, aber ich habe Anspruch auf den Berlin-Pass, und den hätte ich trotzdem gerne. – In der Vergangenheit war es, soweit ich weiß, möglich, dass man zum Amt gegangen ist, und das Amt hat geprüft, stellte fest: Jawohl, Sie wären leistungsberechtigt, das bescheinigen wir Ihnen. –, und das reichte aus, um den Berlin-Pass zu bekommen. Auch diese Menschen grenzen wir also gerade aus und sagen: Nein, du kriegst diese Leistungserleichterungen nicht. – Ich finde, dahin müssen wir dringend wieder kommen, denn wir sollten niemanden dafür bestrafen, dass er bewusst auf staatliche Leistungen verzichtet. Diese Freiheit sollten wir in Deutschland, glaube ich, den Menschen gewähren, selbst zu entscheiden, was sie dann tatsächlich in Anspruch nehmen.

Dann noch mal eine Verständnisfrage: Es hieß vorhin – ich weiß nicht, wer es gesagt hat –: Das war bestimmt in der Übergangszeit so, dass man länger auf den QR-Code warten musste. – Mein Eindruck ist, dass das immer noch der Fall ist. Erst gestern hatte ich eine Dame, die mir ihren Bescheid vom Wohngeld zeigte, jetzt schon wieder zwei Wochen alt, und sie wartet immer noch auf den QR-Code. Genau die fragt: Mensch, wie läuft denn das jetzt eigentlich? –

Total ratlos und hilflos. Sie beschäftigt jetzt ihren Betreuer mit dieser Aufgabe. Wieder einer beschäftigt, der sich damit eigentlich nicht beschäftigen müsste. – Diese Fragen hätte ich.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Dann Frau Atli!

**Sebahat Atli (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Vorredner haben alles Wichtige zusammengefasst. Im Übrigen ganz herzlichen Dank an die Anzuhörenden, die heute den Weg hierher gefunden haben! Ich bin dankbar, dass wir diesen Tagesordnungspunkt heute auf der Tagesordnung haben. Ich kann als seniorenpolitische Sprecherin aus meinem Wahlkreis berichten, dass immer wieder ältere Menschen zu mir kommen, und das seit Monaten, die sich darüber beschweren, dass sie entweder diesen QR-Code oder die Zustimmung des Amtes nicht bekommen, und wenn sie die haben, ist der QR-Code manchmal abgelaufen, oder er kommt erst an, und dann können sie den bei der BVG nicht einlösen. Also die Digitalisierung ist eine ganz große Problematik, die von Ihnen, Frau Rückemann, sehr gut geschildert wurde, aber auch von den anderen Anzuhörenden, die heute hier sind.

Wenn ich ein bisschen nachdenke, komme ich mir vor wie beim „Hauptmann von Köpenick“. Du gehst zur einen Behörde und kriegst das eine nicht. Du gehst zur anderen Behörde, und ohne das eine Ausweisdokument kriegst du deine Arbeit nicht, ohne die Arbeit deine Wohnung nicht. Das kann es doch wohl nicht sein.

Die älteren Menschen sagen mir immer wieder: Früher war alles besser. Sie wünschen sich diese Papierkarte wieder zurück, und das ist auch richtig. Was ist daran so schwer, eine Papierkarte mit einem Foto auszuhändigen? Das hat bisher gut funktioniert, insbesondere für ältere Menschen. Denen kann man diese Digitalisierung mit Behördenwirrwarr überhaupt nicht zumuten. Jeder Geduldsfaden reißt. Da muss jetzt ein Stopp her. Der schnellste Weg ist, einen Bewilligungsbescheid anzuerkennen. Den können sie der BVG vorzeigen. Man soll sie nicht der Gefahr aussetzen, nicht von A nach B fahren zu können. Wenn sie nur diesen haben, wird das nicht anerkannt. Ich glaube, da muss dringend schnellstmöglich geholfen werden. Meine Vorredner haben es auch gesagt, ich will das jetzt nicht verlängern.

Ich frage die Senatsverwaltung: Können Sie uns etwas mehr bieten, als nur, dass Sie ein Projekt haben, das noch aufgesetzt wird? Das interessiert – mit Verlaub – die Menschen draußen gar nicht. Sie wollen einfach eine Trägerkarte und von A nach B fahren. Das müssen wir ihnen wirklich auch ermöglichen. Können Sie sagen, wann genau schnelle Lösungen kommen?

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank! – Frau Schubert!

**Katina Schubert (LINKE):** Auch von meiner Seite im Namen meiner Fraktion vielen Dank an die Anzuhörenden! Das war für uns, glaube ich, noch mal sehr wichtig. Es gab gute Gründe, warum überlegt worden ist, das alte Berlin-Pass-Verfahren umzustellen. Zum einen hat die BVG darüber genörgelt, dass es nicht fälschungssicher ist. Jetzt kann man sich fragen, ob der Aufwand, der jetzt betrieben wird, um ein fälschungssicheres Dokument herzustellen, für 9 Euro im Monat in irgendeiner Weise noch im Verhältnis steht. Insofern wäre es gut gewesen, wenn die BVG hier gewesen wäre, aber das können wir ja nachholen. Ich glaube, dass es in keinem Verhältnis mehr steht. Insofern kann man natürlich auch überlegen, ob das Berlin-

Pass-Verfahren mit einer Papier- oder Plastikkarte nicht doch das bessere ist. Man darf sich auch mal irren. Man kann im Verwaltungshandeln auch mal feststellen, dass es so nicht funktioniert. Dann muss man vielleicht doch wieder das andere machen. Das ist auch nichts Ehrenrühriges. Das würde ich gerne zumindest mal als Frage gestellt haben, denn ich glaube, das ist einfach völlig unverhältnismäßig.

Ich glaube, es ist auch keine Lösung, Lars, zu sagen, dann sollen es die Jobcenter machen, denn wir haben ja unterschiedliche Leistungsträger. Mal abgesehen davon, dass bei den Jobcentern das Problem ist, dass das zentral alle vier bis sechs Wochen hergestellt wird. Man hat dann Pech, wenn man zu Beginn eines Monats seinen Antrag stellt, aber erst in sechs Wochen wieder Berechtigungsbescheide gedruckt werden, dann sind schon mal sechs Wochen weg. Bis dann der Berechtigungsschein – ich komme schon mit diesen Begriffen durcheinander – bei den Leuten ist und dann vielleicht das Glück eintritt, dass der QR-Code funktioniert, bis das dann bei der BVG hochgeladen ist, und dann brauchen die noch mal vier Wochen, dann dauert das acht bis zehn oder zwölf Wochen, in denen die Leute kein Sozialticket haben, nicht ins Museum kommen.

Herr Staatssekretär, das ist nicht nur nicht schön! Das kann existenzbedrohend werden, nämlich dann, wenn man diese ganzen Strafgehalte kriegt. Deswegen ist, glaube ich, dringender Handlungsbedarf vorhanden. Meine Bitte wäre, einfach die unterschiedlichen Varianten zu prüfen. Jetzt nicht noch neue Dienstleister und Zeug! Da bin ich jetzt völlig bei Herrn Düsterhöft. Das ist doch Zeug! Das dauert wieder ewig lange, kostet viel Geld. Dann heißt es wieder: Wir haben aber leider kein Geld. – Dann muss wieder irgendwie irgendwas passieren.

Man sollte jetzt gucken, welche Möglichkeiten es gibt. Entweder zurück zum Berlin-Pass, das ist eine Variante. Eine andere Variante: Welche Möglichkeiten gibt es, einen schnelleren Transport zur BVG durchzuleiten? Man beantragt seine Leistungen, kreuzt gleichzeitig an: Ich will sofort den Berechtigungsschein und nicht erst danach, nicht erst, wenn ich meinen Leistungsbescheid habe. – Dann muss man prüfen, ob es dazu eine Verordnung oder ein Gesetz braucht, um den Datenaustausch mit der BVG zu gewähren, um das zu beschleunigen. Es kann nicht sein, dass das drei Monate dauert. Die Verwaltung oder die Senatsverwaltung müssen prüfen, welche Anforderungen es dabei gibt. So kann es jedenfalls nicht bleiben. Ich finde es richtig zu sagen: Solange wir diese Schwierigkeiten haben, stimmt es auch nicht, dass man die Übergangsregelung problemlos aufheben kann. Man muss sie, glaube ich, schnell wieder in Kraft setzen, damit wir nicht immer und immer mehr Probleme mit Anzeigen wegen sogenannter Beförderungerschleichung haben.

Ich habe jetzt eine kleine Anfrage gestellt. Schon allein, weil Kundennummern fehlen, sind es über 4 700 Fälle. Wir reden hier also nicht über Einzelfälle, sondern wir reden hier über richtig viele Menschen, die kein Geld haben und die damit vor wirklich große Probleme gestellt werden. – Das sind meine Fragen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Schubert! – Herr Wohlert, bitte!

**Björn Wohlert (CDU):** Vielen Dank an die Anzuhörenden, die uns, glaube ich, noch mal verdeutlicht haben, wie die Nutzerperspektive ist und welche Probleme es auch für die Nutzer gibt! Das ist, glaube ich, am Ende auch die entscheidende Frage, die zu lösen ist.

Wenn man es positiv sagen will, hat die ganze Umstellung vermutlich – ich kann es aber nicht nachweisen – eine Entlastung für die Bürgerämter gebracht, aber wenn das der einzige positive Punkt wäre – ich sage es mal ganz vorsichtig –, dann kann man zumindest sagen, dass das, was man sich vorgenommen hat, nicht geklappt hat. Das wurde ja auch allenthalben so geschildert.

Die Frage ist natürlich: Was kann man jetzt damit tun? Wie kann man aus dem, was versucht wurde zu verbessern, doch noch etwas tun, was für den Nutzer eine Vereinfachung ist oder zumindest wieder einen Stand herstellt, dass man es ähnlich einfach wie zuvor beantragen und nutzen kann? Ich glaube, man muss gar nicht so ambitioniert herangehen, dass man noch Verbesserungen erzielt, sondern einfach wieder ein geordnetes Verfahren haben, wo Nutzer die Leistungen, auf die sie einen Anspruch haben, wirklich in Anspruch nehmen können.

Ich will jetzt gar nicht den Lösungen vorweggreifen, sondern noch mal eine Frage an die Anzuhörenden stellen. Natürlich ist es nicht Ihre Aufgabe, jetzt Lösungen vorzuschlagen oder vorzubereiten. Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam mit der Verwaltung haben. Trotzdem würde mich aus Ihrer Perspektive, nachdem Sie sehr eindrücklich die Probleme geschildert haben, interessieren: Was ist das, was Sie von den Nutzern zurückgespiegelt bekommen? – Manchmal ergeben sich ja Gespräche, in denen Vorschläge kommen. Einer war zum Beispiel, dass man zum alten Modell zurückkehrt. Ist danach die Sehnsucht am größten? Das hat natürlich die Gefahr, dass der eine oder andere Nutzer sich fragen könnte: Jetzt habt ihr das eine entschieden, versucht doch, aus diesem Weg noch etwas Gutes zu machen! Jetzt wieder alles zurück abzuwickeln, und alles ist wieder wie vorher, könnte einige Nutzer enttäuschen, sicherlich nicht aus der Erfahrung heraus, dass wenig funktioniert, aber es ist natürlich ein wenig ein Eingeständnis, dass man wieder alle auf einen neuen Weg vorbereiten muss, der dann der alte ist. Oder gibt es dazu andere Rückmeldungen, die vielleicht schon aus der Kritik am Vorgängermodell rühren? – Mich würde interessieren, ob es in den Gesprächen Vorschläge gibt, die wir dann bei den weiteren Maßnahmen berücksichtigen sollen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank für die Fragen! – Jetzt haben Sie und die Senatsverwaltung noch einmal die Chance, auf die Fragen einzugehen und Ihre Stellungnahme zu ergänzen. Frau Rückemann, das dürfen Sie jetzt auch gerne machen! – Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt einfach rückwärtsgehen und Frau Siegert anfängt.

**Annette Siegert** (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Ich wollte schon noch mal darauf eingehen, dass ich den Berlin-Pass, wie er vorher war, eigentlich sehr gut finde. Ich freue mich natürlich, dass es das Sozialticket und so weiter gibt, aber wenn es nur ein theoretisches Angebot ist, hilft es eben nicht. Tatsächlich wünschen sich viele Betroffene den Berlin-Pass zurück, das habe ich schon sehr oft gehört, ich eigentlich auch fast. Besser als dieses Chaos!

Andererseits muss ich sagen, ich habe jetzt ein Jahr damit verbracht, allen, den Museen, der Musikschule, zu erklären, wie das jetzt ist. Wenn ich das jetzt wieder ein Jahr lang machen muss, mitteilen, dass es wieder anders ist, dann nervt mich das auch. Da ist dann immer das Problem – das hatte ich vorher –: Kommt der Bescheid zu spät, bekommt man keinen Berlin-Pass. Trotzdem lief es immer noch besser als jetzt. Also back to the Berlin-Pass ist besser als das, was jetzt passiert. Bis dahin Übergangsregelung sofort wieder einsetzen! – Danke!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Frau Rückemann!

**Karin Rückemann** (Humanistischer Verband Deutschlands Berlin-Brandenburg): Ich denke, der alte Berlin-Pass wird von den Senioren gewünscht, das kann man sich vorstellen. Das war sehr viel einfacher. Ich würde mir wünschen, dass der Antrag auf das S-Ticket gleich mitgeschickt wird, dass nicht noch mal eine Extraschleife gezogen werden muss, was für viele wirklich eine Belastung ist. Grundsätzlich würde ich appellieren, immer auch die Personen mitzudenken, die nicht internetaffin sind. Wir haben eine ganze Menge ältere, aber auch viele andere Personen, die nicht in der Lage sind, diese Anforderungen zu erfüllen. Da sollte es immer parallel einen Weg geben.

Was die BVG beispielsweise betrifft: Es muss ein Ansprechpartner da sein, bei dem ich mal nachfragen kann: Ist mein Antrag eingegangen? Warum habe ich es nicht bekommen? – Das ist im Moment nicht möglich. Die Menschen hängen in der Luft, wenn irgendetwas nicht funktioniert.

Die Belastung der Beratungsstellen, die dann diese Unterstützung leisten müssen, ist nach wie vor da. Das ist von den Bürgerämtern weggenommen worden, aber an anderer Stelle aufgelaufen. – Danke schön!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Herr Dr. Ceconi!

**Dr. Christian Ceconi** (Berliner Stadtmission): Vielen Dank! – Ich habe heute gelernt, dass das Anliegen, der Wechsel des Systems, eine verwaltungstechnische Entscheidung war. Verwaltungsvereinfachung ist bestimmt ein super Anliegen. Nutzervereinfachung ist noch ein besseres Anliegen. Ich glaube, da ist ein Perspektivwechsel ganz wichtig. Wir sind anwaltschaftlich für die Betroffenen zuständig. Wir versuchen auch immer zu denken: Wie fühlen sich eigentlich unsere Hilfeangebote für die an, die die Leistungen in Anspruch nehmen, und wie können wir sie darauf orientieren? Ich glaube, bei den neuen Verfahren war diese Perspektive nicht genug im Blick, so sinnvoll Verwaltungsvereinfachungen ganz bestimmt sind.

Wenn man über Evaluation spricht, dann kann man nüchtern vergleichen: Das alte Verfahren war schneller. Das ist die Wahrnehmung unserer Mitarbeitenden. Insofern, rein an der Zeit, an der Lücke, wo ich möglicherweise keinen Berechtigungsnachweis habe, ist das alte Verfahren ganz nüchtern leistungsfähiger gewesen.

Zum Thema Übergangsregelung würde ich gern noch darauf hinweisen: Ein Papier zu haben mit einem QR-Code und den Bescheid, ist so, dass nicht allen Betroffenen klar ist: Was zeige ich jetzt vor? – Stellen Sie sich die Situation vor, was es bedeutet, wenn Sie einem berlincharmanten Mitarbeiter der BVG Ihren persönlichen Leistungsnachweis vorhalten. Das finde ich datenschutzrechtlich extrem problematisch, ist aber letztendlich eine Tat der Verzweiflung, das haben wir hier noch mal gehört, und ich finde, es ist, ehrlich gesagt, rundweg diskriminierend plus, dass dieses Verfahren – das möchte ich auch noch sagen – gerade für Menschen mit Migrationshintergrund eine ganze Menge von Diskriminierungssituationen induziert hat. Wir haben über Einzelfälle direkt mit der BVG das Gespräch gesucht und zum Glück sehr offene Ohren gefunden. Ich finde, dort ist ein sehr guter Umgang damit und ein sehr starker Wille, das zu verändern. Aber man muss sich klarmachen, dass man über Verfahren manchmal Diskriminierung verstärken kann. Das ist schwierig.

Ergänzend zu dem, was der Herr Vorsitzende sagte; Menschen, die eine Anspruchsberechtigung hätten, diese aber nicht realisieren: Sie sind der Arbeitsausschuss, Sie wissen es bestimmt, aber Statistiken sagen, dass bis zu 40 Prozent der Leistungsberechtigten die Leistungen nicht in Anspruch nehmen. Das heißt, das ist ein erheblicher Personenkreis. Insofern ganz vielen Dank für diesen Hinweis! – Vielen Dank!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Frau Bunge!

**Monika Bunge** (Jobcenter Berlin Treptow-Köpenick): Ich habe eine kleine Ergänzung. Wir haben jetzt viel über die Nutzerperspektive gehört, was für uns ganz wichtig ist, aber ich möchte noch ganz kurz die Perspektive der Beschäftigten in den Jobcentern ergänzen. Es ist mir ganz wichtig zu sagen, dass die Mitarbeitenden der Jobcenter in eine Situation gebracht werden, wo sie keine Handlungsoption haben und mit verzweifelte Menschen zu tun haben, die dies aber nicht verstehen, weil sie es nicht verstehen können, da sieht keiner durch, was in der einen Weise Aggressionen und Konflikte in den Jobcentern schürt, die die Beschäftigten auszuhalten haben und lösen müssen, und dass das auf der anderen Seite die Jobcenter an der Integration der Menschen in Arbeit behindert, denn wenn jemand nicht fahren kann, weil er keine Karte bekommt, aus welchen Gründen auch immer, kann man ihn weder in Maßnahmen vermitteln noch überzeugen, doch eine Arbeit aufzunehmen, denn wie soll der- oder diejenige dorthin kommen? – Es war mir wichtig, das zu ergänzen.

Ich finde den Weg, den wir mit Herrn Bozkurt besprochen haben, mal zu gucken, ob wir den Brandenburger Weg gehen können, gar nicht schlecht, denn das wäre eine kurzfristige und erst mal gute Lösung, zumindest für einen Großteil der Gruppe. Bis dahin sollte man mit der BVG reden, dass man wieder eine Übergangslösung aufnimmt, denn dann wären einige Probleme schon etwas kleiner.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Frau Bunge! – Zunächst die Senatsverwaltung, dann sehe ich aber schon zwei Wortmeldungen für eine kurze zweite Runde.

**Senatorin Cansel Kiziltepe** (SenASGIVA): Vielen Dank für die Einschätzungen und Fragen! Ich hätte auch noch ein Anliegen. Sie können sich sicher sein, dass mich das richtig verärgert und unruhig macht, dass ich hier wackeln muss, weil ich auch nicht verstehe, warum im Zeitalter der Digitalisierung alles so lange dauert, warum der QR-Code nicht funktioniert, warum die BVG acht Wochen braucht, bis sie diese Trägerkarte zur Verfügung stellt und die Menschen dabei die Leitragenden sind. Viel wichtiger ist dabei, was eigentlich passiert, wenn den Betroffenen Bußgelder drohen, weil die Kontrolleure der BVG den Berechtigungsnachweis nicht als Fahrausweis anerkennen. – [Katina Schubert (LINKE): Weil die Übergangsregelung ausgelaufen ist!] – Genau! – Da sind wir auf jeden Fall im Gespräch. Ich werde ein Gespräch mit dem BVG-Vorstand dazu führen, dass es nicht sein kann, dass die Menschen diese Bußgelder tragen müssen. Das sind 60 Euro. 60 Euro sind viel Geld für diese Menschen, und das müssen wir vordergründig lösen.

**Staatssekretär Aziz Bozkurt** (SenASGIVA): Das Einfachste wäre, man steigt mit ein. Mit der Digitalisierung ist es Mist. Das muss zurück in die Bürgerämter. Verwaltung ist auch – – Ich gehöre auch zur Verwaltung. – Das wäre die einfachste Lösung, die wir hier präsentieren können, aber ehrlicherweise würden wir gemeinsam der Verantwortung nicht gerecht. Es gab

Gründe, warum man diesen Weg gegangen ist, und dementsprechend muss man alles mitbedenken. Jeder, der hier fordert –– Wie gesagt, es wäre der einfachste Weg für uns zu sagen: Bürgerämter, das könnte man sich noch mal überlegen. – Wir wissen alle, was das Ziel war: die Bürgerämter zu entlasten. Wir haben das 15-Tage-Ziel oder Ähnliches, und die Leute haben auch in der Vergangenheit in den Bürgerämtern auf Termine gewartet. Auch da gab es Wartezeiten. Jetzt so zu tun, als wäre früher alles besser gewesen, ist, glaube ich, zu einfach. Wie gesagt, das wäre der einfache Weg für mich, aber das macht das Problem nicht besser.

Das Zweite: Eine Verzögerung findet über den VBB statt. Der Prozess ist dort nicht anders. Diese Verzögerung gab es auch früher. Dementsprechend würde ich allen anraten und bitten, dass wir nicht nach den einfachen Lösungen suchen. Die gibt es an der Stelle nicht. Wir können nur mit dem, was wir vorgefunden haben, was die Entscheidung ist –– Die Entscheidung ist klar: dass das in unserem Haus verortet ist –, und wir suchen gerade nach Lösungen.

Herr Dr. Ceconi hat eben das Thema Datenschutz erwähnt. Ja, mit der Datenschutzbeauftragten rede ich dann auch, und sie sagt mir: Die Übergangslösung, das, was ihr macht, ist nicht okay. – Dann haben wir das mehrmals verlängert mit der Aussage: Politisch ist der Wille an anderer Stelle wichtiger – die Betroffenen –, dann macht man das auch. Aber alles hängt mit allem zusammen, und es gibt da tatsächlich keine einfache Lösung.

Das, was wir machen werden, um es noch mal deutlicher zu sagen: Wir haben ein Projekt, das das ganze Thema im Blick hat. Es geht nicht nur um das BVG-Thema, es geht auch um den Berechtigungsnachweis, um zum Beispiel in Museen, Musikschulen und Sonstiges zu kommen. Wir brauchen eine Gesamtlösung für alles. Das ist kein Thema, das schnell geht. Wie gesagt, was wir als Projekt vorgefunden haben, geht bis 2026, aber darauf kann kein Mensch warten, gerade was die Mobilität betrifft. Aber diesen Pfad müssen wir tatsächlich so gehen. Dazu gehören alle Verwaltungen, weil es um Mobilität geht. Es geht um Finanzthemen und viele andere Sachen. Das heißt, das ist ein großes Thema, und wenn ich Ihnen versprechen würde, das lösen wir in einem Jahr, wäre es gelogen. Das dauert tatsächlich.

Jetzt gucken wir uns jetzt an, was in Brandenburg geplant ist. Da will ich Frau Bunge auch nur leicht korrigieren. Brandenburg diskutiert gerade zwischen zwei Ministerien über Zuständigkeiten. Wir sind da viel weiter. Wir haben die Verantwortung und wollen das Thema lösen. Deswegen sind wir unterwegs. Da will ich gern die BVG, weil es ein bisschen Richtung BVG-Bashing ging, in Schutz nehmen. Das ist auch nicht meine Aufgabe, auch ein einfacher Weg. Die Leute sind da auch sehr engagiert. Die suchen auch mit uns nach Wegen. Die sagen uns: Wir gucken mal, wie wir unsere Berater nutzen können, wie wir unsere Dienstleister in die Spur schicken können, um euch zu helfen, weil das unser gemeinsames Thema ist. Da ist die BVG wirklich, wie eben geschildert, sehr engagiert.

Wir sitzen jetzt daran zu gucken, ob wir das, was Brandenburg theoretisch vorhatte, schnell machen können. Wir planen, das wäre die Zielsetzung: Kriegen wir das innerhalb von sechs Monaten gelöst? Wenn wir das in der Zeit gelöst bekommen, dann gehen wir direkt in Gespräche, ob wir die Übergangslösung wieder liveschalten können. Da werden wir die Datenschutzthemen beiseitelassen beziehungsweise führt die Abwägung dazu, dass Datenschutz wichtig ist. An der Stelle ist das Interesse der Betroffenen auch sehr wichtig. Wenn wir das hinkriegen, haben wir schon viel gelöst. Das Mobilitätsthema ist das Wichtigste, aber, wie gesagt, das löst am Ende nicht alles, was wir da lösen müssen. Ich hätte auch noch einfache

Lösungen. Die könnte der Haushaltsgesetzgeber natürlich machen. Geben Sie mir 30 Personen ins LAGeSo – ich hoffe, 30 –, dann könnten wir eine Stelle aufbauen, die das alles klärt. Das kriegen wir auch hin. Wenn Sie das Geld besorgen, sodass in den Leistungsstellen – Jobcenter ist noch mal etwas anders –, zum Beispiel in den Sozialämtern, jeder einen Drucker bekommt und Karten drucken kann, können wir das auch machen, aber das sind immer Ressourcenfragen, die wir wahrscheinlich alle nicht einfach bewegen können, aber das wären die einfachen Antworten. Die gibt es nicht. Dementsprechend müssen wir gucken, wie wir im aktuellen Setting das Beste machen. Ich kann nur versuchen, nicht nur das Gefühl zu vermitteln, hoffentlich auch das Verständnis, dass wir alles versuchen, was geht. Das geht unter gesetzten Bedingungen leider nicht einfacher.

Zum Thema Digitalisierung: Digitalisierung ist nicht das Problem an der Stelle. Digitalisierung hilft uns, glaube ich, aber, wie gesagt, müssen wir in Berlin langsam lernen, auch mal kleinere Brötchen zu backen, die dann irgendwie zum großen Brot werden. Ich könnte jetzt sagen, wir machen dieses große Projekt bis 2026 und alle warten darauf. Das funktioniert dann nicht. Das dauert viel zu lange. Dementsprechend ist die Frage: Wie kriegen wir eine agile Verwaltung hin, die in kleinen Schritten Probleme löst, nicht immer das ganze Problem, aber in kleinen Schritten das schlimmste Problem als Erstes. Wie gesagt, da ist unser Drang, innerhalb von sechs Monaten das Digitalisierungsthema mit der BVG zu lösen. Das kann ich Ihnen auch nicht versprechen, aber dass ich es hier sage, verhaftet uns auch, aber das ist Sinn der Sache, weil wir dahinterstehen. Wenn wir das gelöst bekommen, kommen wir Schritt für Schritt weiter, und das ist leider die Aussicht, die ich nur gegeben kann, die aber hoffentlich verbindlich genug ist, denn, wie gesagt, wir sind wirklich mit Herzblut da dran. – Das wäre es.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Wir machen eine zweite kleine Runde, und Frau Atli hat das Wort.

**Sebahat Atli (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Bozkurt! Zwischendurch habe ich überlegt, ob ich die Frage zurückziehe, denn Sie haben mir ein bisschen leidgetan. Sie haben recht. Sie haben alles beschrieben. Ich verstehe Ihre Schwierigkeit, aber ich kann nicht verstehen, dass die Leute bis 2026 Geduld haben müssen. Es müssen jetzt handfeste Möglichkeiten geschaffen werden. Ich verstehe das. Man hat ein langes Projekt vor Augen und möchte das erreichen. Das kann man meinetwegen, aber die jetzige Situation kann nicht so bleiben. Es muss Abhilfe geschaffen werden.

Soweit mich nicht alles täuscht, war die Lage 2015, 2016 so, dass nicht die Bürgerämter, sondern damals Sozialämter, heute Grundsicherungsämter, auch Berlin-Pässe ausgestellt und mit dem Stempel jeweils verlängert haben, auch für ein Jahr und länger. Die heutigen Formate, die angeboten werden, sind von kurzer Befristung. Man kann wirklich keinem draußen die heutige Veranstaltung zufriedenstellend verkaufen. Das funktioniert nicht. Sie werden auch unzufrieden hier rausgehen. Insofern freue ich über den Vorschlag unserer Kollegin, Frau Schubert, das Thema noch mal auf die Tagesordnung zu setzen. Es ist klar, Sie brauchen auch Zeit. Das muss irgendwie funktionieren, aber praktikable, schnelle Lösungen müssen bitte jetzt her. Alles andere führt zu noch mehr Unzufriedenheit. – [Staatssekretär Aziz Bozkurt: 30 Personen ins LAGeSo!] – 30 Personen im LAGeSo – – Das ist ein Behördenwirrwarr. Das ist eine große Zuständigkeit. Es betrifft verschiedene Fachebenen in der Angelegenheit. Fakt ist, ältere Menschen, Menschen, die keine Digitalisierung nutzen können – – Wenn Sie sa-

gen, das Brandenburger Projekt ist das große Digitalisierungsprojekt, dann mache ich mir schon wieder Sorgen, und zwar große. Da kann nicht jeder mitkommen, und da muss man Alternativen schaffen, die doch das Analoge sind. – Vielen Dank!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank! – Frau Schubert, bitte!

**Katina Schubert (LINKE):** Vielen Dank! – Es geht hier nicht darum, irgendwen zu bashen, Herr Staatssekretär. Darum geht es gar nicht, sondern es geht um die Frage, wie man ein Problem lösen kann, das wir selbst geschaffen haben. Da nehme ich jetzt niemanden aus, sondern es ist ein Problem entstanden aufgrund der Tatsache, dass man die Bürgerämter entlasten wollte, dass die BVG gern fälschungssichere Ausweise haben wollte. Das waren die beiden Hauptbeweggründe. Dann sind Möglichkeiten erdacht worden, und jetzt stellt sich heraus, dass diese Möglichkeiten zu einem Bürokratiemonster werden, und zwar in allererster Linie zulasten der Betroffenen, zu niemand anderen Lasten.

Deswegen muss man jetzt darüber nachdenken, was man so anders machen kann, dass man, von mir aus auch etappenweise, hin zu dem großen Ziel 2026, was auch immer da geschehen soll, auf jeden Fall Abhilfe schafft, dass nicht die Betroffenen diejenigen sind, die dafür zahlen, dass falsche Entscheidungen getroffen worden sind oder Entscheidungen so getroffen worden sind, dass es nicht funktioniert, auch wenn man sich vielleicht das Beste dachte. Jetzt kann ich den Ball ganz locker zurückspielen: Wenn ihr 30 Stellen braucht – ja, bitte! Da ist die Koalition. Klärt das. Noch ist der Haushalt nicht verabschiedet, noch kann man das alles klären. Das scheint mir ein bisschen einfach zu sein, aber es wäre natürlich schön. Das ist der Vorteil der Opposition, aber das hat die SPD entschieden. Damit habe ich nichts zu tun, sonst hätte ich mich natürlich um 30 Stellen gekümmert, das ist ja logisch. Aber das hilft uns im Moment nicht.

Das heißt, die Frage ist, welche Maßnahmen man für den Moment ergreifen kann, dass die Menschen von A nach B kommen, dass sie ins Museum kommen, dass sie keine Nachteile haben gegenüber der Situation im letzten Jahr, als es den Berlin-Pass gab und als es in Coronazeiten unbürokratisch verlängert wurde. Das ist doch die Aufgabe, der wir uns stellen müssen, und zwar sowohl die Verwaltung als auch das Parlament und die Fraktionen. Ich habe überhaupt kein Problem damit zu sagen, dass man noch mal Übergangsregelungen schaffen muss. Das ist unangenehm für die Betroffenen, aber weniger unangenehm, als überhaupt nicht von a nach b zu kommen und überhaupt nicht die ehemaligen Berlin-Pass-Vergünstigungen in Anspruch nehmen zu können, das 3-Euro-Ticket und was wir da nicht alles haben. Berlin ist durchaus vorbildlich, was alles für Möglichkeiten geschaffen worden sind. Ich finde es auch richtig zu sagen: Aus diskriminierungspolitischer Sicht ist es Mist, wenn Leute ihren Berechtigungsnachweis der BVG zeigen müssen, wo dann ein Kontrolleur nicht so genau Bescheid weiß und anfängt zu diskutieren. Es gab etliche Situationen, wo ich dazwischen gegangen bin und dem Kontrolleur erklärt habe: Doch, das gilt. Das ist nämlich hier eine Übergangsregelung, und das hat man hier im Übrigen nicht so laut zu diskutieren, dass die S-Bahn mitkriegt, dass da jemand Bürgergeld bezieht, weil das tatsächlich zu Diskriminierung und Stigmatisierung führt. Das wollen wir nicht. Deswegen ist eine Karte, die für alle gleich ist, der richtige Weg. Aber möglicherweise muss man noch mehrere Zwischentappen ziehen, damit wir zu diesem Weg kommen, um diskriminierungsfrei von A nach B zu kommen und trotzdem das Berlin-Ticket in Anspruch nehmen zu können.

Das wäre jetzt meine Bitte – jenseits aller Digitalisierungs- und 26er-Perspektiven, schnell zu prüfen, welche kurzfristigen Maßnahmen zur Erleichterung zu schaffen sind, und welche mittelfristigen noch gemacht werden müssen. Man kann auch gemeinsam noch mal überprüfen, ob es so eine gute Idee war oder was man vielleicht noch anders machen kann, aber kurzfristig braucht es eine Lösung. Deswegen wäre es gut, auch noch mal mit der BVG zu reden, dass die mit dieser fälschungssicheren –– Wie gesagt, es geht um 9 Euro im Monat. Wenn drei Leute ein gefälschtes Sozialticket haben, macht es bei der BVG den Braten nicht fett.

**Lars Düsterhöft** (SPD): Vielen Dank, Frau Schubert! – Herr Kurt, bitte!

**Taylan Kurt** (GRÜNE): Ich habe das Gefühl, nachdem der Staatssekretär geredet hat, dass wir auf zwei verschiedenen Anhörungen waren. Die Leute haben gesagt: Die digitale Lösung ist für ältere Menschen – das hat die seniorenpolitische Sprecherin der SPD wiederholt – ein Problem. Das ist nicht für alle ein Problem, aber für einen Teil der Menschen in dieser Stadt ist es ein Problem. Es wurde der Wunsch geäußert, im Zweifel zum alten Verfahren zurückzukehren, und Sie haben, so habe ich es wahrgenommen, es eher heruntergespielt und gesagt: Habt euch mal nicht so, und beim alten Verfahren war es auch kompliziert. – Nein! Beim alten Verfahren – ich weiß nicht, wer aus der Verwaltung Ihnen das aufgeschrieben hat – war es so: Man hat einen Bescheid gehabt, ist zum Bürgeramt gegangen. Man musste dort keinen Termin ziehen, man musste sich dort einfach nur anstellen – das ist so, dann muss man eine halbe Stunde mitnehmen, das muss man allen Menschen zumuten, man kann nie in irgendeine Behörde gehen und sagen: Ich komme jetzt aber sofort dran –, hat diesen Bescheid vorgezeigt, hat ein Bild dabeigehabt. Die haben es aufgeklebt. Da steht eine Nummer drauf, und damit habe ich mir ein Sozialticket gekauft, und auf das Sozialticket diese Nummer geschrieben, damit wir kein Sozialticketsharing zwischen Berlin-Pass-Inhabern haben. Das ist etwas anderes als zu sagen: Ich muss es jetzt digital beantragen. Ich muss es bei der BVG hochladen, und wenn ich das sogar geschafft habe, kriege ich es nicht sofort, sondern irgendwann schicken die mir das zu. – Das ist die Kritik, die es gibt.

Ich sehe an der Stelle nur zwei Lösungen. Es ging beim Grundgedanken darum, es einfacher zu machen. Entweder sagt man: Die Leistungsbehörden stellen einem Menschen nicht mehr so einen Zettel aus, sondern so etwas wie eine Karte, wo dann draufsteht: Maria Mustermann ist berechtigt, und das ist ihr Berlin-Pass – es geht nicht nur um diese BVG-Geschichte, es geht um alle Vergünstigungen, die es im Rahmen des Berechtigtenachweises gibt –, oder man kehrt zur alten Lösung zurück und sagt: Vielleicht ist die auch nicht für immer, aber wir haben im Rahmen der Anhörung gemerkt, dass es so, wie es ist, nicht funktionieren kann. – Das würde ich Ihnen wirklich nahelegen, anstatt etwas zu verkomplizieren.

Wir haben jetzt herausgehört, das wäre meine Frage an die Senatsverwaltung: Scheinbar ist nicht bei allen Menschen und bei allen Stellen angekommen, dass es ein neues Verfahren gibt. Wenn gesagt wird, es wird in der S-Bahn gefragt, ob das Dokument gültig ist, würde ich gern von Ihnen wissen, ob Sie den Unterlagen entnehmen konnten, ob Ihre Vorgängerin mit der BVG gesprochen und gesagt hat: Wir machen eine Umstellung. Das ist das neue Verfahren. Die ganzen Fahrkartenkontrolleure sollen das kennen, genauso wie andere Stellen, die Berlin-Pass-Vergünstigungen anbieten? Die Fälle, von den wir jetzt gehört haben, dass Menschen mit zehn Zetteln rumrennen müssen, um nachzuweisen –– Gab es ein Rundschreiben? Was gab es in der Art?

Abschließend noch eine Frage an den Staatssekretär: Sie haben gesagt, Sie planen dieses Projekt 2026. Können Sie das ein bisschen konkretisieren? So, wie ich es verstanden habe, geht es um etwas Größeres und nicht nur um diese BVG-Ticket-Geschichte. Was ist da seitens der Senatsverwaltung geplant?

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Vielen Dank, Herr Kurt! – Dann stehe ich noch auf der Redeliste.

**Lars Düsterhöft (SPD):** Ich kann bei einem Punkt gleich anschließen. Ich habe gerade einen Freund gefragt, der bis vor Kurzem Leiter eines Bürgeramtes war, und der schrieb auch, dass das totaler Quatsch ist. Man brauchte keinen Termin. Man hat das an der Theke gemacht und gut war. Deswegen ist es äußerst fragwürdig, inwiefern das zu einer Entlastung der Bürgerämter geführt hat, denn wenn man ein Bürgeramt besucht, gibt es genau eine Person, die eigentlich immer ansprechbar ist, die in der Regel keinen Kunden hat. Das ist nämlich die Person an der Infotheke, die einfach nur sagt: Setzen Sie sich bitte hin. Sie werden aufgerufen. – Das ist ihr eigentlicher Job dort.

Damit bin ich bei meinem Punkt, der mir sehr wichtig ist: Sie haben eben gesagt, Herr Staatssekretär, die Suche nach der leichten Lösung sei nicht der Anspruch. Ich habe mitgenommen, dass Sie da sehr engagiert sind und dass Sie noch ein bisschen mehr im Blick haben. Ich möchte einfach sagen: Nehmen Sie die leichte Lösung. Haben Sie Mut, und nehmen Sie die leichte Lösung! Es gibt, wenn es um Fälschungssicherheit geht, tatsächlich noch andere Varianten, um es den Fälschern manchmal ein bisschen schwerer zu machen. Das geht tatsächlich auch mit Papier. – [Sebahat Atli (SPD): Ja, mit einem Siegel!] – Zum Beispiel mit einem Siegel darauf! – Da fängt es schon an, ganz leicht zu bestellen. Bei flyeralarm.com kann man auch Papier gebrandet mit Siegel bestellen, und schon hat man ein Problem gelöst. – Nein, ernsthaft: Die einfache Lösung ist tausendmal besser als jedes große Hexenwerk, was gerade wieder überlegt wird.

Zusätzliches Personal, muss ich auch sagen, sehe ich überhaupt nicht. Unser Verwaltungsapparat ist riesengroß und groß genug und braucht keine 30 weiteren Personen, die einen Job machen, den eigentlich auch andere Leute, die an einer Infotheke sitzen, machen könnten. Auch deswegen: kleine Lösung.

Zwei Punkte noch, weil es jetzt mehrfach angesprochen wurde: Ich möchte die Bitte unterstreichen, dass man sich innerhalb kürzester Zeit anschaut, ob diese Übergangsregelung nicht doch wieder auf unbestimmte Zeit in Kraft treten könnte, bis es eine ordentliche Regelung gibt. Wenn die Datenschutzbeauftragte Bedenken hat, ist das ihr gutes Recht. Ich glaube, alle haben gehört: Der Ausschuss wünscht sich, dass es eine ordentliche Lösung gibt, die schnell kommt und die es ermöglicht, dass es für diese Übergangsfristen, diese Lücken, die es gibt, eine ordentliche Lösung gibt, und das ganz schnell.

Das Thema Stigmatisierung wurde angesprochen. Ich kann das Anliegen verstehen, dass man sagt, man möchte nicht stigmatisiert werden, aber auch eine Chipkarte, die man irgendwo vorzeigen muss, ist in diesem Moment genauso stigmatisierend. Das Objekt, das ich in der Hand habe und mich als Leistungsbezieher outet, muss ich immer vorlegen. Es geht gar nicht anders. Mein Gegenüber kann nicht wissen, wie meine Einkommensverhältnisse sind. Ich

glaube, diese Stigmatisierung muss man an der Stelle eingehen. Wir werden sie niemals wegkriegen. Das ist einfach so.

Ganz zum Schluss noch die konkrete Frage von mir: Was ist mit den Menschen, die bewusst den Leistungsbezug nicht wollen? Welche Regelung können wir dort übergangsweise hinkriegen? Herr Dr. Ceconi hat richtigerweise gesagt, dass gut 40 Prozent der anspruchsberechtigten Leute das Geld gar nicht haben wollen. Wir reden hier nicht über Einzelfälle, sondern über ein grundsätzliches Problem. Früher war es möglich, früher ging das alles.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Jetzt bin ich wieder Vorsitzender. – Senatsverwaltung, die Anzuhörenden? Wer möchte? – Herr Staatssekretär!

**Tuba Bozkurt (GRÜNE):** Noch zu einigen Punkten: Uns ist neu, dass jemand ohne Leistungsnachweis in der Vergangenheit irgendetwas bekommen hat. Theoretisch wäre es möglich, dass ich, der als Staatssekretär sicher nicht berechtigt ist, irgendwohin gehe und sage: Ich habe keinen Leistungsnachweis, kann keinen bekommen und will auch keinen – – [Katina Schubert (LINKE): Nein! Das geht nur, wenn jemand theoretisch leistungsberechtigt wäre!] – Ja, aber das muss er irgendwie nachweisen. – [Lars Düsterhöft (SPD): Das wurde geprüft!] – – [Katina Schubert (LINKE): Das wurde festgestellt, und dann bekam er trotzdem den Berlin-Pass!] – Okay! – Um die Komplexität deutlich zu machen: Wir haben Menschen im SGB-II-Bezug. Das heißt, da geht es um das Jobcenter. Wir haben Menschen mit SGB-XII- oder anderen Bezügen. Die sind beim Sozialamt. Wir haben Leute im Asylbewerberleistungsgesetz über das LAF. Wir haben Leute aus dem Krankenhaus des Maßregelvollzugs. Wir haben Menschen aus der Justizvollzugsanstalt, und die Liste könnte ich weiter fortführen. Für all diese Gruppen brauchen wir Lösungen. Ich verstehe, bis 2026 es ist ein langer Zeitraum. Bloß allein der Blick auf die Leistungsberechtigten zeigt, dass es nicht eine einfache Lösung gibt: Ich habe zwei Partner. Mit denen kläre ich alles. Dann ist die Sache geritzt.

Ich will noch mal sagen, wann das beschlossen wurde: 2021. Da hätte man ein Projekt aufsetzen müssen. Das zeigt jetzt auf die SPD und andere Parteien, aber das ist wurscht. Man hätte frühzeitig beginnen müssen. Das ist nicht passiert. Aber darüber kann hier jeder diskutieren, das hilft keinem. Wir machen genau das, was Sie beschrieben haben, Frau Schubert. Wir gucken uns das an. Die große Lösung für alle Gruppen, für alle Leistungsstellen müssen wir finden, aber schrittweise gucken wir, was wir hinbekommen. Es macht keinen Sinn, die Übergangslösung als Übergangslösung aufzuheben und zu sagen, die gilt jetzt für Ewigkeiten. Das ist ja eine Übergangslösung. Dementsprechend arbeiten wir jetzt daran zu sagen: Wann wäre denn das Ende? – Das muss absehbar in sechs Monaten oder so sein. Genauso, wie Sie es beschrieben haben, versuchen wir, es zu lösen. Bei allen Leistungsstellen haben wir es so, dass mit dem Bescheid auch der Code, die Leistungsberechtigung, mit herausgegeben wird, bei allen Stellen, nur beim Jobcenter nicht. – Wo noch nicht? – [Annette Siegert (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Das wird doch dezentral verschickt!] –

Das ist auch die größte Gruppe, deswegen ist das Problem so virulent. – [Annette Siegert (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Auch BVG muss extra noch mal beantragt werden.] – Genau! Ja, das müssen wir auch trennen. Der Leistungsnachweis ist der Nachweis, der soll ja für Museen, für Musikschulen und so weiter gelten. Das ist etwas anderes. Der zweite Schritt ist zum Beispiel bei der BVG die VBB-Karte oder was auch immer. – [Annette Siegert (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Ich muss erst noch mal von der Leistungsstelle die Berechtigung bekommen und bei der BVG einreichen. Das heißt, das ist noch mal eine zweite Stelle.] – Genau! – Und an allen Stellen bekommen Sie mit dem Bescheid auch den Leistungsnachweis. – [Annette Siegert (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Aber nicht für die S-Bahn!] – Die VBB-Kundenkarte muss dann noch mal – – Genau!

Ein großes Problem haben wir mit den Jobcentern, denn die haben eine zentrale Stelle, wo gedruckt wird. Nicht jeder Jobcentermitarbeiter hat die Möglichkeit bei sich vor Ort; das wird in Nürnberg gedruckt. Wir dürfen, weil das auch Ressourcenfragen sind, in der KW 40 einmal drucken, in der KW 50 dürfen wir einmal drucken. Wir haben Zeiträume, wo gedruckt wird, und das führt tatsächlich zu Verzögerungen. Aber wir sind ein Jobcenter im Land Berlin, eines unter zwölf. Das heißt, man wird nicht sagen: Okay, für Berlin machen wir jetzt mal eine Sonderlocke. – Das sind alles Punkte, die noch mal aufzeigen, warum das tatsächlich ein Projekt ist, das nicht einfach mal schnell übers Knie gebrochen ist. – Ich glaube, das waren die Fragen, die es an mich noch gab. – [Zurufe] –

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Jetzt kein Zwiegespräch!

**Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA):** Jetzt kommt Berlin und sagt: Wir würden gerne mal was nur für Berlin geändert haben. Sie kennen doch auch die Diskussion! Sie waren jetzt auch eine gewisse Zeit in der Verantwortung. Es funktioniert doch nicht so, dass ich in Berlin sage: Ich brauche jetzt was. –, und dann macht der Bund das einfach. – [Katina Schubert (LINKE): Deswegen muss man mit denen ja reden.] – Tun wir nicht? – [Katina Schubert (LINKE): Dann muss man mit dem Bund reden!] – Wir tun das wirklich. Auch meine Vorgängerinnen und Vorgänger haben mit dem Bund gesprochen. Auch wir reden mit dem Bund. Es wäre nur gelogen.

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Okay! Wir müssen ein bisschen auf die Uhr schauen. Die Anzuhörenden haben tatsächlich jetzt, genauso wie auch die Senatsverwaltung die Möglichkeit hatte, in Anbetracht der vier Wortmeldungen, die es noch mal gab, die Möglichkeit, kurz etwas zu sagen, sodass wir dann aber zum Punkt kommen können. Ich gehe noch mal der Reihe nach durch: Frau Bunge, wollen Sie noch etwas ergänzen? – Herr Dr. Ceconi?

**Dr. Christian Ceconi (Berliner Stadtmission):** Ich würde noch mal etwas ergänzen wollen. Es ist über Personalstellen geredet worden. Ich wollte noch mal die Perspektive unserer Mitarbeitenden in Anschlag bringen. Die wertvolle Beratungszeit, die tatsächlich auch teuer ist, die glücklicherweise an vielen Stellen gut gefördert wird, wird dann eigentlich falsch eingesetzt.

Ich muss leider sehr dringend zu einem Termin. Ich hoffe, ich bin nicht unhöflich. Ich fühle mich gerade so, aber ich würde um die Erlaubnis bitten. – Danke schön!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Frau Rückemann!

**Karin Rückemann** (Humanistischer Verband Deutschlands Berlin-Brandenburg): Ich wollte noch mal das Prozedere klarstellen. Beim Wohngeldamt bekommen die Personen nach Leistungsbeginn bis zu sechs Monate später ihren Bescheid. Dann, wenn sie eine Fahrkartenberechtigung haben müssen, müssen sie nochmals zu ihrer Leistungsstelle, diese überlastete Behörde erreichen, um ein Formular zu bekommen, mit dem sie dann bei der BVG diese beantragen. Bei der BVG, wenn alles funktioniert, dauert es dann auch noch mal. Dann ist der Leistungszeitraum im schlechtesten Falle schon fast vorüber. Diese Doppelschleife verstehe ich nicht, und das verstehen auch die Betroffenen nicht. Warum wird nicht sofort zum Beispiel die theoretische Berechtigung für die BVG-Karte mitgeschickt? – Danke!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Und Frau Siegert zum Schluss!

**Annette Siegert** (Netzwerk #IchBinArmutsbetroffen): Ja, also ich muss sagen, ich bin ein bisschen ernüchtert. Ich habe die Befürchtung, dass das alles noch ewig so weitergeht und sich da keine großen Verbesserungen tun. Ich bin auch ein bisschen verwundert darüber, dass die Abläufe des alten Berlin-Passes und die Abläufe, wie sie jetzt sind, in der Verwaltung vielleicht doch nicht so ganz genau bekannt sind. – Danke sehr!

**Vorsitzender Lars Düsterhöft:** Gut, dann haben Sie vielen Dank! – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Wir müssen auch weiter machen. Der Besprechungspunkt ist damit vertagt, bis das Wortprotokoll vorliegt.

Ich gucke jetzt gerade Frau Schubert an. Wir sollen dann vielleicht in einer Sprecherinnen- und Sprecherrunde noch klären, ob wir dieses Thema noch mal schneller aufrufen wollen, vielleicht schon bei der nächsten Sitzung, dann unter der Hinzuladung der BVG. Es gab übrigens keine Meldung aus den Fraktionen, deswegen wurde die BVG – [Katina Schubert (LINKE): Es wurde konsensual in der Sprecherrunde beschlossen!] – Ja, okay! Aber es wurde dann nicht gemeldet, aber das ist ja egal. Das holen wir einfach nach, sodass wir das Thema dann demnächst fortsetzen können.

Gut, dann herzlichen Dank Ihnen für Ihre Zeit! – Wenn Sie bleiben wollen, dürfen Sie bleiben, Frau Bunge, aber Sie müssen nicht!

Punkt 6 der Tagesordnung – vorgezogen –

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/1141  
**Berliner Gesetz zur Ausführung des  
Betreuungsorganisationsgesetzes (AGBtOG Bln)**

[0102](#)  
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1208  
**Dach „Soziales Berlin“**

[0112](#)  
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1209  
**Befragung zu Bedarfen lebenserfahrener Menschen  
in Berlin**

[0113](#)  
ArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Petition  
**Eingabe von Frau K., Berlin**  
**Anerkennung einer COVID-19-Erkrankung als**  
**Berufskrankheit bzw. Arbeitsunfall**  
**(Sonderpädagogin an Grundschule)**  
Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme.

[0024](#)  
IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Petition  
**1. Eingabe von Herrn L., Berlin**  
**Bitte um Anerkennung einer Berufsausbildung für**  
**den Quereinstieg als Sozialarbeiter**  
**2. Eingabe von Frau C., Berlin**  
**Berufliche Anerkennung als Sozialarbeiterin**  
Der Petitionsausschuss bittet um Stellungnahme.

[0061](#)  
IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 9 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.